

VAe Paar legte dar, dass die Durchführung der Potenzialanalyse, wie bereits in der vorangegangenen Ausschusssitzung mitgeteilt, in diesem Schuljahr erstmals einem landesweiten Vergabeverfahren unterliege. Lediglich bei der Zusammenstellung der einzelnen Lose habe die Verwaltung die Möglichkeit der Mitwirkung gehabt. Ergebnisse der Vergabeverfahren für den Rhein-Sieg-Kreis seien noch nicht bekannt, obwohl die Zeit dränge, da die Schulen die Terminabstimmungen mit den Anbietern vornehmen müssten. Die federführende Stelle, die Landesförderungsgesellschaft des nordrhein-westfälischen Handwerks e.V. (LGH), sei nunmehr mit Hochdruck dabei, die Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Zwischenzeitlich sei die Situation eingetreten, dass sich für das Los der Förderschulen kein Anbieter gefunden habe. Dies sei wahrscheinlich dem Umstand geschuldet, dass in der Leistungsbeschreibung eine 100-prozentige Barrierefreiheit in den Werkstätten gefordert worden sei, was aber z. B. für den Förderschwerpunkt Lernen keine unbedingte Notwendigkeit darstelle. Nach Rücksprache mit dem Land seien vom Rhein-Sieg-Kreis inzwischen geeignete Träger benannt worden, die von der LGH zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden seien. Da bisher keine weitere Mitteilung erfolgt sei, gehe sie davon aus, dass es auch für dieses Los inzwischen mindestens einen Anbieter gebe.

Ergänzend sei mitzuteilen, dass im Zuge der Umsetzung der Richtlinie zur Förderung intensiver Berufsorientierung an Schulen im Rhein-Sieg-Kreis positive Rückmeldungen aus den Schulen kämen. Dieser Eindruck werde auch durch persönliche Inaugenscheinnahmen einiger Maßnahmen durch Kollegen des Schulamtes bestätigt.

SkB Hauer stellte in Frage, ob sich das Land mit der Zentralisierung des Ausschreibungsverfahrens einen Gefallen getan habe. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit hätten gezeigt, dass sich den betroffenen Schulträgern ein besserer Überblick über die örtlichen Erfordernisse und Anbieter biete.